Niederschrift über die öffentliche Sondersitzung des Gemeinderates der Gemeinde Pullach i. Isartal

Sitzungsdatum: Dienstag, 02.02.2016
Beginn der Sitzung: 19:30 Uhr
Ende der Sitzung: 23:25 Uhr
Ort: großen Sitzungssaal des Rathauses

Erste Bürgermeisterin

Susanna Tausendfreund

Mitglieder des Gemeinderates

Dr. Alexander Betz
Johannes Burges jun.
Stefan Demmeler
Martin Eibeler
Eduard Floß
Odilo Helmerich
Arnulf Mallach jun.
Dr. Walter Mayer
Dr. Andreas Most
Fabian Müller-Klug
Holger Ptacek
Lutz Schonert
Patrick Schramm
Johannes Schuster
Marianne Stöhr
Reinhard Vennekold
Caroline Voit
Wilhelm Wülleitner
Cornelia Zechmeister

Abwesend ab 23:30 Uhr (NÖ-Sitzung)

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Gemeinderates

Angelika Metz

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Gemeinderatsmitglieder und der Beschlussfähigkeit des Gemeinderates nach Art. 47 Abs. 2 GO
- 1.1 Genehmigung der vorgelegten Tagesordnung
- 2 Bürgerfragestunde
- 3 Gemeinderatsfragestunde
- 4 Förderung des kommunalen Wohnungsbaus
- Überblick über aktuelle Förderprogramme
- 5 Unterbringung Flüchtlinge;
Darstellung der Arten der Unterbringung bzw. von Wohnbauprojekten
- 6 Unterbringung Flüchtlinge;
Vorschlagsliste von Liegenschaften zur Unterbringung bzw. für Wohnbauprojekte
- 7 Bekanntgaben aus nichtöffentlichen Sitzungen
- 8 Allgemeine Bekanntgaben

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Gemeinderatsmitglieder und der Beschlussfähigkeit des Gemeinderates nach Art. 47 Abs. 2 GO

Die Erste Bürgermeisterin Frau Susanna Tausendfreund begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Gemeinderatsmitglieder sowie der Beschlussfähigkeit des Gemeinderates nach Art. 47 Abs. 2 GO.

TOP 1.1 Genehmigung der vorgelegten Tagesordnung

Das Gremium genehmigt die vorgelegte Tagesordnung.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sabine Horak stellt folgende Fragen an den Gemeinderat:

Wie kann - im Falle einer Standortentscheidung für die Unterbringung von Asylbewerbern für das EON-Gelände (Gewerbepark) -

- die Bildung eines Ghettos vermieden und Integration gefördert werden?
- die Mobilität der Flüchtlinge, insbesondere von Familien, die ihre Kinder in den Kindergarten und zur Schule bringen müssen, aufrechterhalten werden?
- aufgrund der abgeschiedenen Lage das Sicherheitsrisiko für die Flüchtlinge beherrscht werden?
- Nicht motorisierte Helfer die Flüchtlinge weiterhin betreuen?

Herr Lüddecke bedankt sich bei Pullachs Bürgern für eine rege Beteiligung und fragt, wie ein Konzept für die Gemeinde Pullach, die über wenige Freiflächen verfügt, ohne Verdichtung umzusetzen sei?

Bürgermeisterin Tausendfreund verweist auf die noch folgende Diskussion in der Sitzung.

Herr Wiese erkundigt sich, ob die Zahl von 240 Flüchtlingen, die in Pullach unterzubringen sind, sich seit der Veranstaltung im Bürgerhaus am 12.01.2016 verändert hat? Er bittet um Auskunft, wie viele Flüchtlinge aktuell in Pullach leben und wie der aktuelle Sachstand bezüglich einer Belegung der Turnhalle sei.

Bürgermeisterin Tausendfreund erläutert, Pullach müsse im Jahr 2016 240 Personen unterbringen, für das Jahr 2017 kommen voraussichtlich weitere 150 Personen hinzu. 45 hier lebende Personen befinden sich in einem laufenden Asylverfahren, 28 Personen sind bereits als Flüchtlinge anerkannt und haben damit einen gesicherten Aufenthaltsstatus. Die Burg Schwaneck beherbergt 85 minderjährige, unbegleitete Jugendliche, maximal möglich wären 116 Jugendliche. Dieses gemeinsame Projekt von Jugendamt und Diakonie (die Jugendlichen werden im Moment dem Pullacher Kontingent hinzugerechnet) laufe jedoch nur noch bis Mitte 2017 und wird nicht verlängert. Nach der Statistik des Landratsamtes fehlt aktuell Wohnraum für 116 Per-

sonen (zuzüglich von 150 Personen in 2017) in der Gemeinde. Deshalb sei Pullach vom Landkreis für die Belegung einer Turnhalle mit Flüchtlingen in Betracht gekommen. Die Turnhalle des OP-Gymnasiums biete 300 Personen Platz und sei deshalb besser geeignet als die Turnhalle an der Mittelschule, die nur mit maximal 100 Personen belegt werden kann. Sie bittet um eine zeitnahe Entscheidung für alternative Unterbringungsmöglichkeiten und appelliert dabei auch an die Solidarität mit anderen Landkreisgemeinden.

Herr Wiese erkundigt sich nach konkret geplanten Maßnahmen.

Bürgermeisterin Tausendfreund umreißt kurz ein von der Gemeinde vorgeschlagenes Konzept mit lang- mittel- und kurzfristigen Maßnahmen, z.B. kurzfristig der Bau von Containern. GR Wülleitner hat hierzu bereits mehrere Angebote eingeholt und verglichen.

Zeitplan: Nach Erteilung einer Baugenehmigung, einer Erschließung, dem Abschluss von Verträgen und der Sicherung der Finanzierung könnte im günstigsten Fall in einem Zeitfenster von 1-2 Monaten Wohnraum bezugsfertig gestellt werden.

Frau Ziermann erkundigt sich als Elternbeiratsvorsitzende des Otfried-Preussler-Gymnasiums, ob bei einer eventuellen Belegung der Schulturnhalle

- mögliche Fluchtwege,
- die Situation des Hausmeisters, dessen Wohnung unmittelbar an die Turnhalle grenzt,
- Abiturprüfungen an der Schule, die in wenigen Monaten u.a. in der Turnhalle stattfinden sollen,

berücksichtigt wurden?

Bürgermeisterin Tausendfreund berichtet von einer Ortsbegehung, bei der seitens der Verwaltung bereits erhebliche Bedenken aufgrund von zu wenigen verfügbaren sanitären Anlagen, Schwierigkeiten bei der Bewerksstellung des Caterings, einer Lärmbelästigung für die Hausmeisterwohnung sowie den nahenden Abiturprüfungen gegenüber dem Landratsamt geäußert worden seien.

Frau Wiegmann fragt, warum Pullach bei einer Turnhallenbelegung 300 Asylbewerber aufnehmen, wenn nach Verteilerquote Pullach nur ein Defizit von 116 Personen habe? Sie stellt die Forderung auf, dass aufgrund junger, männlicher Asylbewerber für Schülerinnen Korridore zu errichten seien.

Bürgermeisterin Tausendfreund erwidert, dass es sich bei einer Turnhallenbelegung lediglich um eine kurzfristige Zwischenlösung handle und dass eine Gemeinde keinen Einfluss darauf habe, ob Familien oder Einzelpersonen kommen.

Frau Rätsch fragt, ob es sein kann, dass Pullach tatsächlich weniger Flüchtlinge unterbringt als Gemeinden im Umkreis? Sie verweist auf den Widerspruch mit der Website des Landratsamtes, wonach andere Gemeinden im Verhältnis nicht mehr Flüchtlinge als Pullach aufnehmen.

Bürgermeisterin Tausendfreund gibt zu bedenken, dass im Gegensatz zu Pullach in anderen Gemeinden, die in Verzug sind, bereits tragfähige Konzepte stehen und Projekte laufen. Außerdem sind Tragflughallen, z.B. in Grünwald, nur für ein Jahr gedacht. Spätestens in einem Jahr müsse auch dort eine andere Lösung gefunden werden.

Herr Stoiber erkundigt sich nach der Möglichkeit, auf dem Gelände des ehemaligen Busbahnhofs des BND eine temporäre Unterkunft zu errichten? Die Fläche sei außerhalb des Sicher-

heitsbereiches, an den Ort angebunden, erschlossen und werde derzeit nur als Parkplatz genutzt.

Bürgermeisterin Tausendfreund berichtet, dass sowohl der Landkreis München, als auch die Gemeinde Pullach mehrfach die BIMA gebeten habe, die Flächen des Busbahnhofes, den Präsidentenbungalow, das ehemalige Krankenhaus oder die Tennisplätze zur Verfügung zu stellen. Im Dezember wurde ein Brief an das Bundeskanzleramt gesendet, der vor wenigen Tagen mit einer kategorischen Absage beantwortet wurde.

Herr Hügler äußert seine Bedenken über die erneute Belegung einer Turnhalle. Im Sommer 2015 seien in der Turnhalle der Josef-Breher-Turnhalle Probleme aufgetreten. Er fordert ein Sicherheitskonzept und spricht von einer Bürgerwehr.

Bürgermeisterin Tausendfreund entgegnet, dass es keinerlei Anzeigen bezüglich sexueller Belästigung vorliege und dass nach Rücksprache mit Hr. Aigner von der Polizei keinerlei Anstieg von Kriminalität in der Gemeinde zu beobachten gewesen sei.

Frau Rau möchte wissen, ob es für Pullach eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen in Pullach gebe?

Bürgermeisterin Tausendfreund erklärt, dies sei Angelegenheit der Bundespolitik. Die Gemeinde habe darauf keinen Einfluss.

TOP 3 Gemeinderatsfragestunde

GR Helmerich fragt nach, ob es Möglichkeiten gäbe, das Hauptportal des Friedhofes leichter zugänglich zu machen. Gerade älteren Menschen bereite das Öffnen des schweren Tores erhebliche Schwierigkeiten.

Bürgermeisterin Tausendfreund weist auf eine entsprechende Anfrage im Bauausschuss hin und dass geprüft wird, das Tor mit einem automatischen Türöffner auf Knopfdruck, wie er bei Behindertenzugängen üblich ist, auszustatten.

GR Ptacek erkundigt sich nach Reaktionen auf den Aufruf an alle Pullacher Bürger, in dem darum gebeten wird, dem Landratsamt Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen?

Bürgermeisterin Tausendfreund erläutert, dass darin die Kontaktdaten der Mitarbeiter des Landratsamtes angegeben wurden. Auf ihre Nachfrage hin erklärt Frau Wischnitzki (LRA, Stabsstelle Asyl), dass man aktuell mit zwei Eigentümern in Verhandlungen sei.

GR Schramm fragt, in welcher Weise Bürgermeisterin Tausendfreund den Beschluss des Gemeinderates, Pullachs Turnhallen für eine Unterbringung von Flüchtlingen nicht zur Verfügung zu stellen, umsetzt?

Bürgermeisterin Tausendfreund erwidert, dass sie den Beschluss Landrat Göbel am darauffolgenden Tag mitgeteilt habe.

TOP 4 Förderung des kommunalen Wohnungsbaus Überblick über aktuelle Förderprogramme

Bürgermeisterin Tausendfreund begrüßt Herrn Roman Dienersberger, Leitender Baudirektor im Sachgebiet Wohnungswesen der Regierung von Oberbayern. Er stellt dem Gremium die aktuellen Wohnbauförderungsprogramme „Wohnungspakt Bayern“ des Freistaates vor.

TOP 5 Unterbringung Flüchtlinge; Darstellung der Arten der Unterbringung bzw. von Wohnbauprojekten

Zunächst stellt Herr Weiß anhand von Beispielen aus den Nachbargemeinden unterschiedliche Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen in Pullach vor.

Bürgermeisterin Tausendfreund begrüßt anschließend Herrn Konstantin von Aberkron von Ehret+Klein Real Estate Competence GmbH. Er stellt dem Gremium das Investoren-Konzept seines Unternehmens (Feel Home) zum Bau von Unterkünften vor.

TOP 6 Unterbringung Flüchtlinge; Vorschlagsliste von Liegenschaften zur Unterbringung bzw. für Wohnbauprojekte

Die Fraktionen von CSU, FDP und WIP stellen anhand einer Tischvorlage einen gemeinsamen Antrag zur Unterbringung von Flüchtlingen in Pullach.

Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Absicht

Die Gemeinde Pullach stellt sich der Aufgabe, Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren - dies sowohl kurz-, mittel-als auch langfristig -und erfüllt die Vorgabe des Landkreises München, 240 Asylbewerberin 2016aufzunehmen.

Folgende Berechnung liegt zugrunde:

- 110 unbegleitete Minderjährige (derzeit auf der Burg Schwaneck)
- 49 bereits dezentral untergebrachte Flüchtlinge
- Es fehlen kurzfristig für ca. 80 Flüchtlinge Unterbringungsmöglichkeiten.

Insbesondere wollen wir für eine Anschlussunterbringung der unbegleiteten minderjährigen (uM) Flüchtlinge auf der Burg Schwaneck ab Frühjahr/Sommer 2017 sorgen.

Kurzfristige Maßnahmen – ca. 80 Asylbewerber

- Eine Turnhallenbelegung in Pullach lehnen wir ab.
- Dank GR Wülleitner/Burges besteht die Möglichkeit, in 4 bis 6 Wochen Wohncontainer für Pullach zu erhalten.
- Eine dezentrale Verteilung ist wegen der Gefahr einer Ghettoisierung der zentralen Unterbringung vorzuziehen.
- Bis zu 40 Asylbewerber sollen an der Margarethenstraße (Polzeiwiese), hinter der Kinderkrippe Mäuseburg, entlang der BND-Mauer für max. 3 Jahre in Containern untergebracht werden, vorzugsweise Familien, um eine schnelle Integration zu ermöglichen; die Gemeinde stellt dieses Grundstück zur Verfügung.
- Eine Grundstücksteilfläche auf dem westlichen Teil der Grundelbergwiese wird für weitere 40 Asylbewerber vorgesehen, auf der entlang der Bahn oder ggfs. im Bereich der Heilmannstrasse (genauer Standort noch zu beschließen) ein Containerstandort für max. 3 Jahre entstehen soll. Die Fläche soll danach wieder als Naturfläche zur Verfügung stehen.

- Bis zu 10 Asylbewerber - vorzugsweise junge Familien - für 1 Jahr in der Flurstr. in Bestandsgebäuden

Mittelfristige Maßnahme für Unterbringung unbegleiteter Minderjähriger als Anschluss für die Burg Schwaneck ab Sommer 2017 – ca. 80 – 110 Asylbewerber

- Die Gemeinde Pullach stellt das Grundstück Heilmannstr. 53/55 zur Verfügung und befürwortet die Errichtung von mehreren Feel-Home-Häusern in Holzständerbauweise für einen Zeitraum von 10 Jahren nach Abriss des Bestandsgebäudes.
- Perspektive für Jugendliche in Pullach; Nach 18 Monaten Integration in Pullach ist es menschlich und sinnvoll, den Jugendlichen eine Perspektive hier zu geben und sie nicht erneut wegzuschicken.
- Burg Schwaneck kann im Sommer 2017 wieder planmäßig den Jugendherbergsbetrieb aufnehmen.
- Zielgerichtete und bedarfsgerechte Wohnlösung gemäß Anforderungen für Jugendhilfeeinrichtungen der Regierung von Oberbayern
- Bewusster Verzicht auf die Möglichkeit einer 30% Förderung von kommunalen Wohnbauprojekten, da eine Lösung für die uM innerhalb eines Jahres gefunden werden muss
- Schonung des Pullacher Finanzhaushalts, da fremde Investoren die Bebauung durchführen und das LRA die Mietzahlungen übernimmt.

Langfristige Maßnahmen

– ca. 30 – 50 Personen

- Aufstockung bestehender gemeindeeigener Gebäude am Grundelberg und in der Hans-Keis-Straße
- Schaffung von langfristigen Wohnraum und dezentrale Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen zur besseren Integration

Prüfungsauftrag an das LRA und dem Bund:

- Wir fordern den Bund explizit auf, das asphaltierte Gelände des BND-Busparkplatzes an der Heilmannstraße, unmittelbar hinter der ersten Mauer, das kaum genutzt wird, als Containerstandort freizugeben. Flexibilität ist nicht nur von den Kommunen einzufordern, sondern auch vom Bund.
- Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem LRA nochmals ein Schreiben hinsichtlich der Überlassung der Fläche im Vorfeld des BND-Geländes zu verfassen.

Zusammenfassung

- Das Lösungskonzept berücksichtigt weitgehend die Vor- und Nachteile aller gemeindeeigenen Grundstücksflächen.
- Das Lösungskonzept berücksichtigt den laufenden Ortsentwicklungsplan.
- Das Konzept beinhaltet einen kurz-, mittel-, und langfristigen Ansatz zur zielgeführten Integration.
- Die Gefahr einer Ghettoisierung wird durch die Aufteilung auf mehrere Standorte reduziert.
- Intensive Berücksichtigung der Argumente aus der Bürgerversammlung vom 12.01.2016
- Einladung an die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD, diesem Konzept zuzustimmen, da auch viele ihrer Argumente im Sinne einer Lösung, die alle tragen können, berücksichtigt sind.

Herr Schuster, Abteilungsleiter der Abt. 7 Bauwesen am Landratsamt München erklärt, die Grundelbergwiese sei kein Bauland und liege im Außenbereich. Die gesamte Fläche sei als Biotop streng geschützt. Eine Baugenehmigung im Ausnahmefall nach dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz sei nur möglich, wenn keinerlei Alternativflächen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sei eine Prüfung sehr zeitaufwändig und langwierig.

Frau Wischnitzki, stellvertretende Stabsstellenleiter des Sachgebietes 02-Asyl am Landratsamt München erklärt, dass nicht garantiert werden kann, dass Jugendliche, die derzeit in der Burg Schwaneck untergebracht sind, in Pullach verbleiben können. Für die Unterbringung und Betreuung jugendlicher Flüchtlinge und junger Erwachsener seien besondere Ansprüche zu erfüllen.

Die Bürgermeisterin erläutert im Anschluss daran nochmals das von der Verwaltung erarbeitete Unterbringungskonzept, das die Inanspruchnahme von Fördermitteln des Freistaates beinhaltet.

Der Antrag von WIP, CSU und FDP ist den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen inhaltlich neu, deshalb stellt GR Müller-Klug nach ausführlicher Diskussion einen Antrag auf Sitzungsunterbrechung.

(Sitzungspause von 23:00 – 23:15 Uhr)

GR Betz stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, sofort über den gesamten Antrag abzustimmen.

Abstimmung: Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 7

Bürgermeisterin Tausendfreund stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt Nr. 6 auf die Sitzung vom 16.02.2016 zu vertagen, um dem Gremium eine Beratungsmöglichkeit zu geben.

Abstimmung: Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 14

GR Mallach stellt den Antrag, über die verschiedenen Maßnahmen einzeln abzustimmen. Insbesondere solle das Grundstück Heilmannstraße 53-55 aus dem Beschluss herausgelöst werden

Abstimmung: Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 11

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dem Änderungsantrag von WIP, CSU und FDP ohne Änderungen zu folgen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 9

Erklärung zum Protokoll:

GR Müller-Klug stimmt gegen den Antrag, weil dabei auf die Möglichkeit, Entwicklungen verantwortlich finanziell zu gestalten durch mögliche Fördermittel verzichtet wird, und weil im Beschluss künftige Planungen zur Ortsentwicklung ausgeklammert wurden. GR Mallach, GR Helmerich, GR Ptacek, GR Wülleitner, GR Schonert und GRin Stöhr schließen sich dem an.

Ergänzungsantrag von GR Mallach zum gefassten Beschluss:

Das Grundstück in der Hans-Keis-Str. 37 soll in den gefassten Beschluss aufgenommen werden.

Abstimmung: Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 11

TOP 7 Bekanntgaben aus nichtöffentlichen Sitzungen

Keine

TOP 8 Allgemeine Bekanntgaben

Keine

Vorsitzende
Susanna Tausendfreund
Erste Bürgermeisterin

Schriftführerin
Stefanie Nagl